

# PROTOKOLL

## Haupt- und Finanzausschuss 03.11.2020



E/30 - 2016/2021 -

Beginn: 19:30 Uhr  
Ende: 21:38 Uhr

### Vorsitz:

Ausschussvorsitzender Gabriel, Steffen SPD

### Anwesend:

stellv. Ausschussvorsitzender Teppich, Stefan CDU  
Ausschussmitglied Demir, Malik SPD  
Ausschussmitglied Frost, Sabine SPD  
Ausschussmitglied Gluch, Michael SPD  
Ausschussmitglied Hartmann, Hans-Joachim FDP  
Ausschussmitglied Lahm, Gernot B90/Grüne  
Ausschussmitglied Lubbe, Marianne CDU  
Ausschussmitglied Rendel, David SPD

### Magistrat:

Bürgermeister Jühe, Thomas SPD  
Erste Stadträtin / Dezer- Herberich, Dorothee SPD  
nentin per Video  
Stadtrat Belser, Ulrich SPD  
Stadtrat Dima, Cesare SPD  
Stadtrat Schalle, Volker B90/Grüne  
Stadtrat van Loon, Adrianus FDP

### Entschuldigt:

Stadtrat / Dezer- Jenal, Kurt abwesend SPD  
nent Stadtrat Müller, Otto abwesend CDU

### Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorste- Pellilli, Angelo SPD  
her (Gast)

### Verwaltung:

Schiffführer Eisenmann, Maximilian

### Gäste/Sonstige:

Herr Gomille  
Frau Gruber  
Herr Loy  
Herr Brune  
Herr Laubscheer  
Frau Ouariach, SPD-Fraktion  
(per Video)

# PROTOKOLL

## Haupt- und Finanzausschuss

03.11.2020



E/30 - 2016/2021 -

Ausschussvorsitzender Steffen Gabriel eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 19:30 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und das Gremium beschlussfähig ist. Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sollen gemäß Antrag von Bürgermeister Jühe zur Tagesordnung abgesetzt werden. Gleichzeitig bittet er um eine Ergänzung um einen Tagesordnungspunkt 16 mit der Bezeichnung „Personalunterstützungsangelegenheit“ im nicht-öffentlichen Teil.

### öffentlicher Sitzungsteil

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.09.2020
2. Trinkwasserversorgung der Stadt Raunheim in extremen Hitzeperioden  
2. Sachstandsbericht - mündlich -
3. 2020-875 I. Satzung zur Änderung der Hochwasserschutz-Satzung (HWS)
4. 2020-865 Bausatzung  
hier: Neufassung
5. Einbringung  
Beschluss des Wirtschaftsplans 2021 der Stadtwerke Raunheim
6. 2020-857 Hier: Fortschreibung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes für die Freiwillige Feuerwehr Raunheim
7. 2020-864 Standortentscheidung für die Verwaltungs- und Betriebseinrichtungen der ‚Städtesservice Raunheim/Rüsselsheim AöR‘
8. Verkehrs- und Mobilitätskonzept  
hier: mündlicher Bericht zur Einführung des Bürgerparkausweises
9. 2020-866 Jährliche Unterrichtung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung über die Vergabe der Vereinsfördermittel 2020
10. FA/2020-878 SPD-Antrag  
Raunheimer Initiative zur Verbesserung des Tierschutzes
11. FA/2020-881 B90/Die Grünen  
Anfrage zum gegenwärtigen Bebauungsstand der Baugebiete  
Airport-Garden und Airgate-One
12. Verschiedenes

### nicht-öffentlicher Sitzungsteil

13. 2020-882 Projekt „Strategische Flächenreserve (SFR)“  
Hier: Verkauf Grundstück Carl-von-Ossitzky-Str.1-3
14. 2020-876 Trinkwasserversorgungsleitung in der Ringstraße  
Nachträgliche Zustimmung zur Beauftragung von Sanierungsarbeiten

# PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss  
03.11.2020



**E/30 - 2016/2021 -**

15. 2020-852 Erlass der Wasser-, Abwasser-, Niederschlagswasser-, Abfall-, Rücklastschrift-, Mahngebühren und Säumniszuschläge  
Hier: Niederschlagung der aufgeführten Forderungen

## Sitzungsverlauf

### öffentlicher Sitzungsteil

1. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.09.2020**

#### **Beschluss:**

#### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

2. **Trinkwasserversorgung der Stadt Raunheim in extremen Hitzeperioden  
2. Sachstandsbericht - mündlich -**

Bürgermeister Jühe fasst kurz den Präsentations- und Beratungsstand zur aufgerufenen Thematik zusammen, wie er sich nach der Sitzung des Fachausschusses darstellt. Zum weiteren Vorgehen sei festgelegt worden, dass eine Konkretisierung der voraussichtlichen Kosten und der damit verbundenen Gebührenhöhe zu leisten ist. Darüber hinaus ist ein Vorschlag zu einem geeigneten Standort auszuarbeiten und das erforderliche Genehmigungsverfahren zu klären. Hiernach ist der Stadtverordnetenversammlung zu berichten und ggf. ein Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

#### **Beschluss:**

Kenntnisnahme

#### **Abstimmungsergebnis:**

3. **2020-875 I. Satzung zur Änderung der Hochwasserschutz-Satzung (HWS)**

Bürgermeister Jühe erläutert einleitend den Anlass der Vorlage. Seitens der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird erfragt, wie die personelle bzw. institutionelle Zuordnung bei Hochwasserschutz in Raunheim aussieht. Dies wird vom zuständigen Fachdienstleiter beantwortet.

#### **Beschluss:**

Die folgende I. Satzung zur Änderung der Hochwasserschutz-Satzung (HWS) wird beschlossen.

§ 2 Aufgaben des Hochwasserschutzes, Ziffer (1) wird zum 01.01.2021 wie folgt geändert:

(1) [...] *Zuständig ist der Fachbereich Planen, Bauen, Liegenschaften - Fachdienst Infrastruktur.*

#### **Abstimmungsergebnis:**

# PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss  
03.11.2020



E/30 - 2016/2021 -

9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

## 4. 2020-865 Bausatzung hier: Neufassung

Bürgermeister Jühe erläutert einleitend den Anlass der Vorlage.

Die Grünen können nach eigenem Bekunden den Anlass zur Erstellung der Vorlage nachvollziehen und loben die Erarbeitungsqualität. Inhaltlich wird die Frage formuliert, ob das Verbot betreffend die Schotterung von Grünflächen nicht auch für öffentliche Grünflächen zu gelten habe. Bürgermeister Jühe übernimmt die fachliche Beantwortung und führt aus, dass die Schotterung von Oberflächen im Bereich von Pflanzbeeten in öffentlichen Grünflächen einen ganz anderen Sachverhalt betreffe als er in der Bausatzung ausgeführt sei. Die Schotterung im öffentlichen Raum diene als Mulchdecke zur Unterdrückung von Wildkräutern, die die Entwicklung der Zierpflanzen gefährdeten. Insofern komme der Schotterung die Funktion zu, Pflanzen in ihrer Entwicklung zu unterstützen, statt das Aufkommen von Pflanzen generell zu unterbinden, was zu meist Ziel vollständig geschotterter Flächen im Privatbereich sei.

die gesetzten Pfla

Die CDU-Fraktion merkt an, dass sie zu dem vorgelegten Entwurf der Bausatzung noch Fragen habe und daher die Beratung und Beschlussfassung der Vorlage in einer der kommenden Sitzungsrunden verschoben werden sollte. Seitens der SPD-Fraktion wird hierauf entgegnet, dass doch gerade die Beratung im Fachausschuss die Möglichkeit böte, bestehende Fragen unter Beteiligung der anwesenden Fachleute klären zu lassen. Eine Verschiebung der Beratung und Beschlussfassung käme für die SPD-Fraktion nur dann in Frage, wenn wesentliche Fragen nach der Beratung erkennbar offen blieben. Dazu müssten diese aber erst einmal benannt werden.

Bürgermeister Jühe erklärt hierzu, dass es zwar keine Eilbedürftigkeit gebe, die CDU-Fraktion ja aber auch noch in der Sitzung der STV die Möglichkeit habe, bestehende Fragen klären zu lassen. Dort lasse sich dann auch entscheiden, ob Beratungsbedarfe aufgrund offener Fragen fortbestünden. Wenn nicht, wäre doch eine Abstimmung über die Drucksache möglich.

Gegen die vorgeschlagene Vorgehensweise erhebt sich kein Widerspruch.

### Beschluss:

1. Der Entwurf der Bausatzung mit Stand vom 26.06.2020 (Anlage 2) wird beschlossen.
2. Die derzeit gültige Bausatzung der Stadt Raunheim (rechtsverbindlich seit dem 21. August 1993) wird aufgehoben.

### Abstimmungsergebnis:

Die CDU-Fraktion bringt noch Fragen ein, die bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung noch geklärt und beantwortet werden können. In der Sitzung der STV ist dann festzulegen, ob die Vorlage entsprechende Abstimmungsreife hat.

## 5. Einbringung Beschluss des Wirtschaftsplans 2021 der Stadtwerke Raunheim

# PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss  
03.11.2020



E/30 - 2016/2021 -

Bürgermeister Jühe erklärt, dass der Wirtschaftsplan zusammen mit dem Haushalt in der kommenden Sitzung der STV am 05.11.2020 eingebracht wird, für die heutige Sitzung des HFA war der Punkt deshalb abzusetzen.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

TOP abgesetzt

6.	2020-857	<b>Hier: Fortschreibung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes für die Freiwillige Feuerwehr Raunheim</b>
----	----------	--

Bürgermeister Jühe verweist auf Anpassungsbedarfe des Bedarfs- und Entwicklungsplanes und beantragt deshalb die Absetzung des TOP.

**Beschluss:**

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Freiwillige Feuerwehr wird in der vorgelegten Version beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

TOP abgesetzt

7.	2020-864	<b>Standortentscheidung für die Verwaltungs- und Betriebseinrichtungen der ‚Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR‘</b>
----	----------	---

Bürgermeister Jühe leitet in die Vorlage ein und betont Wichtigkeit und Dringlichkeit des erbetenen Beschlusses. Rüsselsheim und Raunheim bieten endlich zeitgleich und auch erfolgversprechend die seit Gründung der AöR vorgesehene Verlagerung und Zentralisierung der Betriebs- und Verwaltungseinrichtungen der AöR.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen konzentriert sich in ihrem Beitrag zur Vorlage auf die Sorge, künftig würden keine Leuchtstoffröhren und Elektrokleingeräte auf dem Raunheimer Stadtwerkegelände mehr abgegeben werden dürfen.

Bürgermeister Jühe erklärt hierzu, dass sich die sukzessive Einengung der Annahme bestimmter Wert- und Abfallstoffe aus veränderten gesetzlichen Grundlagen ergäbe und nichts damit zu tun habe, wer die Entgegennahme organisiert.

Die FDP fordert dazu auf, bezogen auf die Übergabe der Wertstoffannahme an die AWS/Riedwerke unbedingt eine Ausstiegsklausel zu verhandeln, sodass sich für den Fall sich verändernder Konditionen Ausstiegsmöglichkeiten eröffnen.

Zudem bittet die FDP-Fraktion darum, eine regelmäßige Unterrichtung der städtischen Gremien zu implementieren, sodass darüber beraten werden kann, wenn sich Bauleistungen deutlich verteuern sollten.

Bürgermeister Jühe hält eine Ausstiegsklausel im Hinblick auf die günstigen Konditionen seitens der Riedwerke für nicht erforderlich, sieht sich aber aufgrund der Beschlusstexte veranlasst, eine solche erfolgreich zu verhandeln.

Der seitens der FDP geforderten Informationspflicht kommt er gerne nach.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen fragt an, ob der Stadtverordnetenversammlung mal der Bauungsplan für das Areal vorgelegt werden könne. Bürgermeister Jühe erinnert daran, dass dieser ja noch gar nicht beschlossen sei. Er habe bereits vor Monaten darauf hingewiesen, dass der Satzungsbeschluss erst dann der STV vorgelegt werde, wenn die Grundsatzbeschlüsse zum Bau des gemeinsamen Bau- und Betriebshofes auf dem Gelände des Abwasserzweckverbandes gefasst seien. Ansonsten drohten ggf. sinnlose Kosten.

# PROTOKOLL

## Haupt- und Finanzausschuss

03.11.2020



E/30 - 2016/2021 -

Wenn die Beschlüsse gefasst seien, würde der Satzungsbeschluss im Februar erfolgen können.

SPD, CDU und FDP signalisieren uneingeschränkte Zustimmung zur Vorlage.

### Beschluss:

- I. Dem einstimmig gefassten Beschluss des Verwaltungsrates der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR am 15.01.2020 zum zukünftigen Standort der Verwaltungs- und Betriebseinrichtungen mit den nachfolgend aufgelisteten Festlegungen wird Zustimmung erteilt.
  1. Der Neubau des AöR-Betriebshofes findet am vorgesehenen Gelände des Abwasserverbandes statt.
  2. Im Zuge des Neubaus wird kein Wertstoffhof gebaut.
  3. Das Angebot der Riedwerke/AWS zum Betrieb der beiden Wertstoffhöfe wird angenommen und eine entsprechende Vereinbarung/Vertrag geschlossen.
  4. Der Vertrag mit den Riedwerken/AWS wird auf 10 Jahre geschlossen. Eine Ausstiegsklausel ist zu verhandeln.
  5. Die Variante des Neubaus mit einem Wertstoffhof soll optional möglich bleiben.
  6. Die AöR wird mit der Detailplanung und Durchführung der gesamten Baumaßnahme beauftragt.
  7. Der AöR werden die für den Betrieb nötigen Flächen durch die Städte und den Abwasserverband zur Verfügung gestellt.
  8. Die AöR stellt die notwendigen finanziellen Mittel durch Kreditaufnahme bereit.
- II. Mit dem Abwasserzweckverband Rüsselsheim/Raunheim sowie dem Eigenbetrieb Stadtentwicklung der Stadt Raunheim sind die Konditionen der Bereitstellung erforderlicher Grundstücksflächen zu beraten und zu vereinbaren. Das Ergebnis ist den Stadtverordnetenversammlungen in Rüsselsheim und Raunheim zur Kenntnis zu geben.
- III. Zur Vermeidung von Kosten für die Sanierung und Modernisierung von bestehenden Verwaltungs- und Sozialräumlichkeiten des Abwasserzweckverbandes wird diesem die räumliche Integration in den Neubau der Verwaltungs- und Betriebsgebäude der AöR ermöglicht. Die diesbezüglichen Mietkonditionen sind zwischen dem Vorstand der AöR sowie dem des Abwasserzweckverbandes auszuhandeln und festzulegen.
- IV. Möglichkeiten ergänzender interkommunaler Kooperation durch Integration weiterer kommunaler Partner zur Optimierung der wirtschaftlichen Ergebnisse im Aufgabenspektrum der Raunheim/Rüsselsheim AöR sind fortwährend zu prüfen und entsprechend den Stadtverordnetenversammlungen in Rüsselsheim und Raunheim zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.
- V. Der Vorstand der AöR, die Mitglieder des Verwaltungsrates der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR sowie die Magistrate in Rüsselsheim und Raunheim werden aufgefordert, alle weiteren Maßnahmen zur Umsetzung der o. a. Beschlusspunkte unter folgende Maßgaben zu stellen:
  1. Achtung der gemeinsamen, gleichberechtigten Trägerschaft und uneingeschränkte Berücksichtigung der berechtigten Interessenlagen der Trägerstädte.
  2. Konsequente Optimierung der wirtschaftlichen Ergebnisse.
  3. Fortwährendes Bemühen, Gebühren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie

# PROTOKOLL

## Haupt- und Finanzausschuss

03.11.2020



E/30 - 2016/2021 -

- steuerfinanzierte Aufwendungen seitens der Städte stabil zu halten.
4. Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sind stets auf einem Niveau zu halten, das der erwartbaren Qualität eines öffentlichen Arbeitgebers entspricht.
  5. Die zu erbringenden Leistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie die Städte sind im Hinblick auf ihre Qualität fortwährend zu evaluieren und zu optimieren.

### Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

### 8. **Verkehrs- und Mobilitätskonzept hier: mündlicher Bericht zur Einführung des Bürgerparkausweises**

Herr Jühe leitet hierzu kurz in die Vorlage ein. Herr Loy präsentiert das geplante Verfahren zum Online-Antrag. Er zeigt auf, dass durch ein ausgeklügeltes System digitaler Erfassung und Bearbeitung die zu erwartende Welle an Anträgen bewältigt werden kann. Herrn Loy wird für das Engagement in dieser Sache gedankt.

### Beschluss:

### Abstimmungsergebnis:

### 9. **2020-866 Jährliche Unterrichtung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung über die Vergabe der Vereinsfördermittel 2020**

Bürgermeister Jühe erklärt einleitend die Vorlage und verweist auf die großzügige und verlässliche Auszahlung an die Vereine.

### Beschluss:

1. Die Zuweisungen der im Haushaltsplan 2020 eingestellten Vereinsfördermittel in Höhe von 52.400,-€ an Raunheimer Vereine gem. Vereinsförderrichtlinien wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Auszahlung der Kreisjugendfördermittel in Höhe von 1.836,10 € wird zur Kenntnis genommen

### Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

### 10. **FA/2020-878 SPD-Antrag Raunheimer Initiative zur Verbesserung des Tierschutzes**

Seitens der SPD als antragstellender Fraktion wird der Antrag begründet. Dem Tierschutz sei nach Empfinden der Fraktion bislang viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Es gebe in Raunheim Menschen, die sich aufopferungsvoll und unter Einsatz eigener Mittel um das lokale Tierwohl kümmern und dabei zukünftig auf städtische Unterstützung vertrauen sollten.



# PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss  
03.11.2020



E/30 - 2016/2021 -

In Anbetracht des vielfältigen Leids von Wild-, Nutz und Haustieren sei dringlicher Handlungsbedarf gegeben.

Als ersten Schritt zu verbessertem Tierschutz in Raunheim erkennt die SPD-Fraktion die vorgeschlagene Katzenschutzverordnung.

Seitens der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird erfragt, wie es sich denn mit der Feststellung des Tierhalters verhalte, wenn die Katzen nicht tätowiert oder gechipt sind. Es sei doch problematisch, wenn ohne Feststellung des Eigentümers einfach eine Kastration vorgenommen werde. Zudem solle doch ausgeschlossen werden, dass umfänglich Katzen kastriert würden. Die SPD-Fraktion erinnert daran, dass die Katzenschutzverordnung die Kastration lediglich für Katzen vorsehe, die als Freigänger gehalten würden. Für ausschließlich im Haus gehaltene Katzen ergäbe sich kein Kastrationszwang.

Die FDP bittet darum, eine Beschlussfassung über den Antrag zu schieben, da man mit der Formulierung unter Punkt 3 die Gefahr sehe, dass Tierschützer, die lediglich gelegentlich freilaufende Katzen fütterten, mit hohen Ordnungsstrafen belegt werden könnten oder ihre Hilfe zukünftig einstellen.

Bürgermeister Jühe betont, dass es hierbei nur um die systematische, also dauerhafte Fütterung von wilden Tieren gehe. Zudem gelte im Ordnungsrecht immer das Angemessenheitsprinzip, sodass nicht damit zu rechnen sei, dass bei einfachen Verstößen tatsächlich Geldstrafen verfügt würden.

Die CDU-Fraktion setzt sich kritisch mit dem SPD-Antrag auseinander. Statt einer Katzenschutzverordnung, von der Kommunen nur äußerst selten Gebrauch machten, solle lieber ein Kastrationsmobil zum Einsatz kommen, über das einmal im Jahr streunende Katzen gefangen und kastriert werden könne.

Bürgermeister Jühe bezweifelt, dass ein solches Verfahren ohne geeignete Rechtsgrundlage, also eine Katzenschutzverordnung eingesetzt werden dürfe.

Die FDP fragt noch einmal an, ob die SPD-Fraktion dazu bereit sei, ihren Antrag zunächst zurückzuziehen, bis eine Klärung des problematisierten Punktes 3 erfolgt ist.

Nach Frage zu den erwarteten Kosten verweist Bürgermeister Jühe auf den Antrag, der Unterstützungsleistungen zugunsten lokaler Tierhilfen im vierstelligen Bereich vorsehe. Dieser könne eingesetzt werden, um die Bemühungen um Kastration wild lebender Katzen im Stadtgebiet finanziell zu stützen.

Die FDP-Fraktion verweist noch einmal auf die Unklarheiten bezüglich der Tierfütterung. Bürgermeister Jühe betont noch einmal, dass es um die systematische und dauerhaft angelegte Fütterung freilebender Katzen gehe und erst dann, und das unter Beachtung des Angemessenheitsprinzips, ein Bußgeld drohe.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

11.	<b>FA/2020-881</b>	<b>B90/Die Grünen</b> <b>Anfrage zum gegenwärtigen Bebauungsstand der Baugebiete Airport-Garden und Airgate-One</b>
-----	--------------------	--

Bürgermeister Jühe verweist auf die als Tischvorlage vorliegende Antwort.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

Ohne Abstimmung

## 12. Verschiedenes

Die Grünen fragen an, ob man den Fraktionen die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe wieder in ausgedruckter Form vorlegen könne.

Bürgermeister Jühe erläutert, dass auf Basis der gemeinschaftlich entschiedenen Digitalisierung von Vorlagen und Materialien die bisherige Papierwirtschaft überwunden werden sollte. Dafür sprächen sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Gründe.

Sollte es für ein teilweises Zurückkehren zur Papierform nachvollziehbare Gründe geben, ließen sich diese ja im Ältestenrat vortragen. Er regt an, dies für die nächste Sitzung des Ältestenrates auf der Tagesordnung vorzusehen. Dieser Vorschlag findet Zustimmung.

### nicht-öffentlicher Sitzungsteil

## 13. 2020-882 Projekt „Strategische Flächenreserve (SFR)“ Hier: Verkauf Grundstück Carl-von-Ossitzky-Str.1-3

Zuschauer und externe Fachleute verlassen den Saal. Die Nicht-Öffentlichkeit wird hergestellt. Bürgermeister Jühe erläutert die Vorlage.

Bündnis90/Die Grünen fragen an, warum auf der Fläche bereits Aktivitäten festzustellen sind. Zudem wird erfragt, ob das zur Fläche gehörige Waldstück erhalten bleibt.

Bürgermeister Jühe erinnert daran, dass dieses Waldstück regionalplanerisch als Wald festgesetzt sei. Damit sei es, wie man im parlamentarischen Rahmen sicherlich wisse, geschützt.

Zu den angefragten Aktivitäten auf dem Grundstück erklärt Herr Laubscheer, dass die zukünftige Eigentümerin vorab einen jederzeit kündbaren Pachtvertrag erhalten habe. Damit ergäben sich für den EBSE Pachteinnahmen.

### **Beschluss:**

Dem Verkauf der Liegenschaft in der Carl-von-Ossietzky-Straße 1-3 an die August Fichter GmbH & Co.KG aus Raunheim wird die Zustimmung erteilt.

### **Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

## 14. 2020-876 Trinkwasserversorgungsleitung in der Ringstraße Nachträgliche Zustimmung zur Beauftragung von Sanierungsarbeiten

Bürgermeister Jühe erklärt, warum die Maßnahme vorab zu beauftragen war. Herr Brune erläutert die technischen Details zum eingesetzten Verfahren.

### **Beschluss:**

Die städt. Gremien stimmen nachträglich einer Beauftragung des Bauunternehmens PRS Rohrsanierung GmbH aus 74177 Bad Friedrichshall zur Sanierung eines ersten Teilabschnitts des Rohrnetzes der Trinkwasserversorgung in der Ringstraße zu.

Der Auftragswert hierfür beläuft sich auf brutto 106.617,37 EUR.

## Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

15. **2020-852** **Erlass der Wasser-, Abwasser-, Niederschlagswasser-, Abfall-, Rücklastschrift-, Mahngebühren und Säumniszuschläge**  
**Hier: Niederschlagung der aufgeführten Forderungen**

Bürgermeister Jühe erläutert die Vorlage und dass diese aufgrund derzeit geltender Regelungen in den städtischen Gremien behandelt werden muss.

Die FDP fragt an, ob man nicht Leistungen einstellen könne, bevor größere Zahlungsrückstände entstünden.

Bürgermeister Jühe erklärt, dass dies aufgrund des rechtlich abgesicherten Anspruchs auf Grundversorgungsleistungen nicht ohne weiteres möglich sei.

Man wolle aber ein neues Kontrollsystem etablieren, das dazu führen könne, früher als bisher zuständige Stellen als Ersatzleistungsträger einzubeziehen.

## Beschluss:

**Der Niederschlagung der in der Vorlage aufgeführten Wasser-, Abwasser-, Niederschlagswasser-, Abfall-, Rücklastschrift-, Mahngebühren und Säumniszuschläge wird die Zustimmung erteilt.**

## Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

16. **Personalunterstützungsangelegenheit**

Bürgermeister Jühe erläutert, dass aufgrund weiter sinkender Personenzahlen in der Einsatzabteilung der Feuerwehr diese vom Kreis nicht mehr als vollständig einsatzfähig erachtet wird.

Dies hat weitreichende Auswirkungen. Zunächst solle die Freiwillige Feuerwehr nicht mehr mit zu Einsätzen in benachbarte Städte auszurücken.

Dann sei durch den eingeschränkten Brandschutz in Raunheim in Zweifel gezogen, dass noch Baugenehmigungen erteilt werden dürften. Im Rahmen der Beteiligung des Kreisbrandschutzes an Bauantragsverfahren werde dieser darauf hinwirken, dass Genehmigungen, insbesondere bei komplexeren Bauten, versagt blieben. Auch die Einsätze auf den zu betreuenden Autobahnabschnitten seien infrage gestellt.

Bürgermeister Jühe zeigt auf, dass er nun mit unmittelbar wirksamen Maßnahmen auf allen Ebenen den Brandschutz in Raunheim wieder sicherstellen werde. Dazu gehöre auch, die Einsatzkräfte der Feuerwehr durch professionelle Personalgewinnungsmaßnahmen zu entlasten und die beiden Stadtbrandinspektoren in ihrer aufwändigen und verantwortungsvollen Aufgabe durch Zuarbeit und angemessene Aufwandsentschädigung zu unterstützen.

Bürgermeister Jühe erbittet in diesem Zusammenhang die Zustimmung des Ausschusses dafür, dass er im Vorgriff auf den Haushalt 2021 folgende Sofortmaßnahmen etablieren kann:

1. Aufwandsentschädigung für den Stadtbrandinspektor in Höhe von 1.000,00 Euro
2. Aufwandsentschädigung für den stellv. Stadtbrandinspektor in Höhe von 500,00 Euro.
3. Schaffung einer gemeinsamen Assistenzstelle für die beiden Stadtbrandinspektoren zur Übernahme operativer Aufgaben der Stadtbrandinspektion.
4. Gewährung eines Einsatzgeldes für die Mitglieder der Einsatzabteilung (gestaffelt nach Einsatzart, Einsatzdauer bis max. 50 Euro pro Einsatz)
5. Entwicklung und Durchführung einer Personalgewinnungsinitiative.

# PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss  
03.11.2020



E/30 - 2016/2021 -

Die Fraktionen zeigen sich von der eingetretenen Situation betroffen und signalisieren jeweils Zustimmung zu den vorgestellten Sofortmaßnahmen.

## **Beschluss:**

**Ohne Abstimmung aber signalisierte einhellige Zustimmung. Finale und formale Abstimmung mit der Beschlussfassung zum Haushalt 2021 inkl. Stellenplan.**

## **Abstimmungsergebnis:**

Steffen Gabriel  
(Ausschussvorsitzender)

Maximilian Eisenmann  
(Schriftführer)